

## BREXIT-Referendum und nun?

Gerd Eisenbeiß , 6. Juli 2016

Der knappe Ausgang des britischen Referendums für einen Austritt des Vereinigten Königreichs (VK) hat zu großer Unsicherheit in Politik und auf den Märkten geführt. So verständlich es ist, wenn die führungs- und ratlose britische Regierung die Verhandlungen mit der EU verzögert, so unakzeptabel wäre ein Abwarten der EU.

Diese muss nun mit den verbleibenden 27 Mitgliedern klare Beschlüsse zu ihrer Verhandlungsposition fassen. Die Beratungen dazu müssen außerhalb der EU-Gremien zwischen den Mitgliedstaaten geführt werden, da VK unverändert am Ratstisch sitzt und von diesen Beratungen ausgeschlossen werden muss.

Für die 27 ist unbedingt zu vermeiden, jetzt eine Reformdebatte zu beginnen, die nur zu Streit zwischen den Mitgliedstaaten führen würde. Vielmehr muss klar festgehalten werden, was die „roten Linien“ der 27 für eine weitere freundschaftliche Zusammenarbeit mit VK sind. Über die britische Position kann man sicher sagen, dass das oberste Ziel ist, weiterhin im Gemeinsamen Markt zollfrei Handel treiben zu können und Europas Finanzplatz Nr.1 zu bleiben. Also muss die EU-27, die sicher ein gleiches Interesse hat, sagen, welchen Partnerstatus sie für machbar hält. **Das kann nach vernünftiger Überlegung nur ein geringfügig modifizierter Norwegen-Status sein**, d.h. VK muss die Freizügigkeit von EU-Bürgern beibehalten und z.B. auch Beiträge zum EU-Haushalt zahlen, die zu verhandeln sind.

So wie den Briten die Befolgung vieler Gemeinschaftspolitiken als Grundlage eines „Gemeinsamen Marktes“ abverlangt werden muss, so muss die EU auch nach innen ihre Bürger ansprechen, auch die britischen, solange diese in der EU leben. Es ist sofort eine Öffentlichkeitsstrategie<sup>1</sup> zu entwickeln und umzusetzen, die vor allem und allen erklärt, dass ein Gemeinsamer Markt gemeinsame Regeln braucht, damit nicht unterschiedliche Standards an Verbraucher-, Umwelt- oder Datenschutz oder gar Subventionen zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Die Vorteile solch harmonisierter Vorschriften über einen kontinentalen Raum dürften jedem einleuchten.

Auf der anderen Seite nimmt die Gefahr zu, dass VK die Austrittserklärung immer weiter hinaus schiebt. Schon hat die Spitzenkandidatin der Konservativen Theresa

---

<sup>1</sup> Ich habe an anderer Stelle schon darauf hingewiesen, wie dringend ein EU-Fernsehprogramm fehlt, um einen übernationalen Diskurs zu schaffen. Auch eine Wochenzeitung, die in mehreren Sprachen text- und zeitgleich erscheint, wäre dringend erforderlich! Oft wurde die EU mit den USA verglichen, aber nicht genügend gewürdigt, dass es in den USA **einen** nationalen Diskurs gibt, in Europa etwa 30 Diskurse.

May erklärt, sie würde die Verhandlungen erst 2017 beginnen lassen wollen (wahrscheinlich, weil sie keine Ahnung hat, was ihre eigene Partei und Regierung eigentlich will). Die Abgeordneten aber, die für den BREXIT waren, werden mit Freude sehen, dass das Verzögern die EU-Einigkeit schwächen könnte.

Letztlich könnte es ein Nervenkrieg werden zwischen den wachsenden wirtschaftlichen Schäden in der britischen Wirtschaft und der durch EU-feindliche Tendenzen in anderen Mitgliedstaaten gefährdeten Einheit der 27. Auch deshalb darf es jetzt keine Diskussionen über „Kern-Europa“ oder Renationalisierungen geben, die erkennbar auf harten Widerstand stoßen.

In der EURO-Zone muss die Bundesregierung unangenehme Konzessionen an die Mittelmeerländer machen, deutlich höhere Neu-Verschuldungsquoten zu tolerieren. Ich sage das nicht, weil ich das für ökonomisch richtig oder wirksam gegen Arbeitslosigkeit halte, sondern weil uns der EU-Laden um die Ohren fliegt, wenn wir Deutschen weiterhin Vorschriften machen, die die südlichen Völker für deutsche Gemeinschaft halten.

Auch darf man jetzt nicht erneut Dinge als europäische Aufgabe erklären, wie z.B. Arbeitslosigkeit, an denen die EU nur scheitern kann, weil sie keinerlei Instrumente hat – nicht einmal Geld; es handelt sich um fast rein nationale Aufgaben, die Arbeitsmärkte zu gestalten, Rechtsklarheit zu bieten und Bürokratie zu vermindern.

Noch in paar Daten zur (unangenehmen) Lage des Vereinigten Königreichs:

- BIP VK/EU	14,53%	=50% der Nicht-€-Staaten
- Haushaltdefizit 2015	4,4%	
- Staatsverschuldung 2015	89,3%	rasch ansteigend
- Leistungsbilanzdefizit 2015	4,3%	
- Pfund-/€-Kurs 6.7./23.6.	-11%	
- Gewinne der Finanzindustrie	etwa 75%	aller Unternehmensgewinne